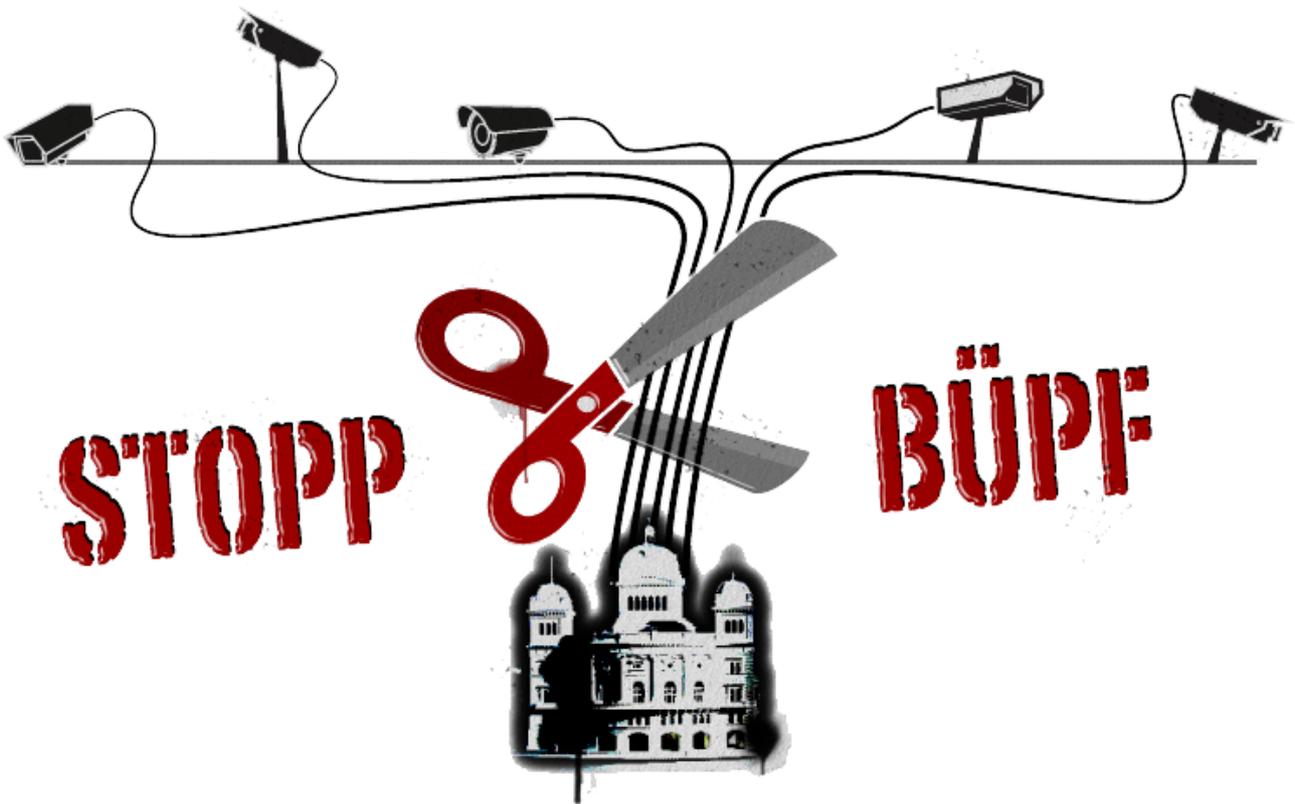


# RÖTE SEITEN SCHLAG WACH!

| **Kommunistische Jugend Bern** | 4. Jg. | Juni 2014 | **Nr. 1** |

---



Seite 7

---

**Stop TiSA!** Globalisierung, Umverteilung und Konzentration gehen ansonsten weiter...

Seite 3

Vor Büp und Fischenstaat: Die Geschichte des **Anti-kommunismus** in der Schweiz.

Seite 11

Form'action-Nachlese mit geschichtlichem CH-Ab-riss über den Kalten Krieg und **Überwachung**

Seite 14

## EDITORIAL

Der Rubel aus Moskau rollt nicht mehr, resp. rollte gar nie (S.16). Doch das kommunistische Zeitungswesen erlebt trotzdem einen kleinen Frühling. Auch dank den Genossen in Zureich, die heuer schon das zweite Njet! rausgebracht haben. Wir von den Roten Seiten, die KJ Bern, kommen erst jetzt dazu, unsere erste Nummer des Jahres zu machen (die letzte ist auch schon wieder dreiviertel Jahr her), aber nicht, weil wir BernerInnen sind, langsamer und so, gemütlicher. Sowohl unsere Sektion wie auch dieses Printprodukt sind schliesslich älter als die Zürcher Pendants (und ja, wir ja auch – junge, frische, neue GenossInnen sind immer willkommen, meldet euch!). Nein, wir haben uns u.a. bei den Wahlen engagiert und der PdA unter die Arme gegriffen, dank der schlauen Unterlistenverbindung mit AL (Alternative Linke) und GPB-DA (Grünalternative) der letzteren noch mehr, weil zu einem Grossratssitz verholfen, um im Parlament eine Kraft links der Regierungsparteien zu haben. Auch bei den EU-Wahlen haben linke und kommunistische Kräfte dazugewonnen (Sinn Féin in Irland, Syriza in Griechenland, PCP in Portugal, div. Linke im Spanischen Staat). Natürlich wurde nur der Erfolg der Rechtsextremen und krypto-faschistischen EurokritikerInnen wie z.B. der AfD (Alternative für D'land) berichtet und schon im Vorfeld herbeigeschrieben. Auch in Ländern wie der Ukraine (S.22–23) und Venezuela zeigen sich vermehrt anti-kommunistische Tendenzen, offen faschistische Kräfte usw., die es auch hier zu bekämpfen gilt. Dem Medieneinheitsbrei

muss man einheizen! Und auch der Überwachung, die in dieser Nr. die Hauptrolle spielt, resp. die Artikel darüber (S.1).

Zudem sei hier statt auf eine Seiten- noch auf eine andere Zahl verwiesen: **PC 60-133153-4**. Adresse dazu auf dem beigelegten Einzahlungsschein oder im Impressum (S.19). Damit die PdA nicht verlumpt, wenn wir in ihrem Lokal mit ihrem Gerät und ihrem Papier drucken (2 Seiten mehr als letztes Mal und 8 mehr als geplant), und damit wir die Auflage steigern können. Denn die Inhalte dürften von uns aus von viel mehr Leuten zur Kenntnis genommen werden.

*Kommunistische Jugend Bern*

## INHALT

TiSA, die nächste Stufe der Schockstrategie .....	S.3
Gegen die Revision des Büpfl! .....	S.7
Geschichte des Antikommunismus in der Schweiz .....	S.11
Form'action!-Vorträge .....	S.14
Impressum .....	S.19
Online-Bibliothek des Schweizer Kampfes für den Sozialismus .....	S.20
Russenhass in der Schweiz .....	S.22
Mahnwache vor der Ukrainischen Botschaft in Bern .....	S.23
Anlässe .....	S.24

# TISA, DIE NÄCHSTE STUFE

## DER SCHOCKSTRATEGIE

*TiSA steht für Trade in Services Agreement und ist die Fortsetzung der GATS-Verträge und somit eine weitere Stufe der wirtschaftlichen Globalisierung. TiSA bedeutet demgemäss mehr Macht und Reichtum für die multinationalen Konzerne und steigende Lebenshaltungskosten bei schlechterer Versorgung für die Bevölkerung.*

Die Geschichte des TiSA beginnt schon im Jahr 1944 als an der Bretton-Woods-Konferenz der US-Dollar als Referenzwährung für die Wechselkurse aller Währungen festgelegt wurde. Neben dem neuen Wechselkursystem erreichte die Konferenz die Gründung der Weltbank und des internationalen Währungsfonds (IWF), jedoch scheiterte die Gründung einer internationalen Handelsorganisation. Stattdessen wurde das «Allgemeine Zoll- und Handelsabkommen» (GATT) abgeschlossen. Da es nun keine Organisation gab, in welcher über den internationalen Handel verhandelt werden konnte, übernahm dieses Abkommen zunehmend diese Funktion und in dessen Rahmen fanden regelmässig Verhandlungsrunden statt. Als Konsequenz dieser Verhandlungen wurden zunehmend Handelshemmnisse abgebaut.

Bis 1994 fanden acht solche GATT-Verhandlungsrunden statt, wobei am Ende der letzten (den sogenannten Uruguay-Runden) drei Resultate standen: 1. das Abkommen über den Schutz geistiger Eigentumsrechte «TRIPS», 2. die Gründung der Welthandelsorganisation «WTO» und 3. das

Allgemeine Abkommen über den Handel mit Dienstleistungen «GATS» (englisch: General Agreement on Trade in Services).

Anfangs des neuen Jahrhunderts begannen die Neuverhandlungen (Doha-Runden) von GATS (GATS 2000), welche aber nie abgeschlossen wurden. Die Doha-Runden sind nach mehreren Anläufen gescheitert und zwar am Widerstand der BRICS-Staaten<sup>1</sup>, welche den USA nicht mehr Zugang zum Markt geben wollten ohne entsprechende Gegenleistungen. Zu diesen war die USA aber nicht bereit. Der antiimperialistische Widerstand hatte für einmal gesiegt.

Nach Beginn der aktuellen Wirtschaftskrise nahm die Regierung der USA im Jahr 2008 einen neuen Anlauf für entsprechende Verhandlungen. Und weil die Verhandlungen für weitergehende Liberalisierungen von Dienstleistungen bisher am breiten Widerstand in der Bevölkerung vor allem in den wirtschaftlich schwächeren

---

<sup>1</sup> BRICS-Staaten werden die fünf Staaten genannt, welche wirtschaftlich sehr stark sind und ein Gegenpol zum EU/USA-Imperium bilden. Es sind dies: Brasilien, Russland, Indien, China und Südafrika.

Ländern gescheitert ist, werden diese Verhandlungen nun ausserhalb der WTO und unter Geheimhaltung geführt. Diese Verhandlungen über TiSA sind so geheim, dass die bisher bekannt gewordenen Informationen grösstenteils aus Informationslecks (sogenannten Leaks) stammen.

### AUSWIRKUNG VON GATS

Bevor wir zu TiSA kommen, noch einen Rückblick auf dessen Vorgänger.

Das wichtigste Element von GATS ist das Prinzip der Inländerbehandlung. Das bedeutet, dass ausländische Dienstleistungserbringer gleich behandelt werden müssen wie inländische. Dies hat verschiedene Auswirkungen, so schreibt die Stadt Bern auf ihrer Homepage zum Thema «öffentliche Beschaffungen»:

Das Übereinkommen (GATS) verlangt eine Gleichbehandlung aller Anbietenden (Inländer und Ausländer) und ist ab einer gewissen Höhe des Gesamtpreises eines Projekts anwendbar. Konkret gelten folgende Schwellenwerte<sup>2</sup> (exkl. MwSt.):

8'700'000.- Fr. bei Bauwerken, 350'000.- Fr. bei Lieferungen und Dienstleistungsaufträgen der Kantone und Gemeinden und 230'000.- Fr. bei Lieferungen und Dienstleistungsaufträgen des Bundes»<sup>3</sup>

Das bedeutet, dass jeder Auftrag, welcher die Stadt Bern vergibt (z.B. ein Schulhaus neu streichen, Kopierpapier für die Verwaltung einkaufen, etc.) und die oben genannten 350'000.- Fr. überschreitet, internatio-

nal ausgeschrieben werden muss und bei gleicher Leistung der billigste Anbieter den Auftrag erhält. Das heisst, wenn jetzt ein polnischer Anbieter mit polnischen Angestellten günstiger ist als ein bernischer Anbieter, muss die Stadt den Auftrag an ersteren geben. Da aber fast überall in Europa die Löhne tiefer sind, führt dies zu mehr Druck auf die Löhne in der Schweiz. Auch ist es fragwürdig, wie es für den Umweltschutz aussieht, wenn Angestellte oder Produkte durch halb Europa gefahren werden (Beispiel: Gebührenabfallsäcke der Stadt Bern, welche im deutschen Morbach hergestellt werden).<sup>4</sup>



1999 in Seattle, Höhepunkt der Antiglobalisierungsbewegung, stand da noch WTO statt TiSA, doch die Frage ist dieselbe geblieben: Demokratie oder Diktatur des Kapitals? Nein zu TiSA!

Aber die Inländerbehandlung geht noch weiter, denn sobald ein Staat gestattet, dass Dienstleistungen auch von Privaten erbracht werden dürfen, haben diese automatisch das Anrecht auf die gleichen Subventionen wie staatliche Anbieter. Bei-

<sup>2</sup> [www.bern.ch/leben\\_in\\_bern/arbeit/ausschreibungen/beschaffungswesen/abisz/schwellenwert](http://www.bern.ch/leben_in_bern/arbeit/ausschreibungen/beschaffungswesen/abisz/schwellenwert)

<sup>3</sup> [www.bern.ch/leben\\_in\\_bern/arbeit/ausschreibungen/beschaffungswesen/abisz/gattwto](http://www.bern.ch/leben_in_bern/arbeit/ausschreibungen/beschaffungswesen/abisz/gattwto)

<sup>4</sup> [www.bernerzeitung.newsnet.ch/region/bern/Berns-oekologische-Abfallsaecke-werden-im-Ausland-hergestellt-/story/16691098](http://www.bernerzeitung.newsnet.ch/region/bern/Berns-oekologische-Abfallsaecke-werden-im-Ausland-hergestellt-/story/16691098)

spielsweise muss eine ausländische Eliteprivatschule oder eine private Hochschule die gleichen Subventionen erhalten wie die staatlichen (Hoch-)Schulen. Dieses Geld fehlt logischerweise wiederum bei den staatlichen Anbietern, was diese zwingt zu sparen bzw. Leistung abzubauen, Studiengebühren zu erheben oder/und Drittmittel (durch «Sponsoren» wie UBS und Nestlé) zu generieren. Diese drei Massnahmen haben problematische Konsequenzen:

1. Durch das Sparen sinkt die Qualität der öffentlichen (Hoch-)Schulen, was die Ungleichheit in der Gesellschaft verstärkt, denn wer aus der ArbeiterInnenschicht kommt, kann sich keine Privatschule leisten.
2. Studiengebühren bilden eine zusätzliche Hürde gerade für Menschen mit tiefem Einkommen, was ebenso die Ungleichheit verstärkt.
3. Die Drittmittelbeschaffung zwingt die Hochschulen sich der Privatwirtschaft unterzuordnen (Beispiele sind die in letzter Zeit bekannt gewordenen Finanzierung eines Lehrstuhls an der Universität Zürich durch die UBS oder eines Lehrstuhls an der ETH Lausanne durch Nestlé)

In der Tendenz führt dies alles zur vermehrten Privatisierung von staatlichen Aufgaben, was Qualitätseinbussen bei den Leistungen und Lohnsenkungen für die Angestellten zur Folge hat. Das kann zur Zeit sehr gut im Gesundheitswesen beobachtet werden, beispielsweise bei der Privatisierung des Spitals «La Providence» in Neuchâtel.<sup>5</sup>

<sup>5</sup> Mehr dazu auf Seite 7 des Njets vom März 2013: <http://kommunistischejugend.ch/wp-content/uploads/2013/03/Allgemein.pdf>

Dies alles ist schon in einem reichen Land wie der Schweiz sehr problematisch, für die ärmeren Länder des Südens ist GATS verheerend. Es beschleunigt weltweit die Monopolisierung und öffnet Tür und Tor für multinationale Konzerne, welche noch schneller in die Länder eindringen können und dort die kleinen Unternehmen verdrängen und somit die existierende Wirtschaft zerstören.

### TISA IST BESONDERS FIES

Wer gedacht hat, GATS sei schon schlimm genug, der kann mit TiSA was erleben. Wie oben schon erwähnt, sind die Verhandlungen zwar streng geheim und trotzdem sind schon einige Verhandlungsinhalte an die Öffentlichkeit gelangt. So verhandeln diese «wirklich guten Freunde von Dienstleistungen», wie sich die verhandelnden Länder (USA, EU, Schweiz und 20 weitere) selber bezeichnen, vor allem über die «Privatisierung von Wasserversorgung, Nahverkehr, Gesundheitseinrichtungen, Bildungsstätten und anderen Angeboten, die auf dem alten Kontinent traditionell von Betrieben in öffentlichem Besitz bereitgestellt werden.»<sup>6</sup> Das Ziel ist es alle diese Bereiche weiter zu deregulieren,<sup>7</sup> zu privatisieren und der internationalen Konkurrenz auszusetzen. Noch schlimmer: Bei GATS gab es noch eine Klausel, welche es ermöglicht schiefe Privatisierungen rückgängig zu machen, diese soll nun abgeschafft werden. Die sogenannte «Ratchet clause» würde verbieten, dass eine Gemeinde ihre

<sup>6</sup> [www.heise.de/tp/news/TISA-Die-Freihandelszone-nach-TTIP-und-ACTA-2179810.html](http://www.heise.de/tp/news/TISA-Die-Freihandelszone-nach-TTIP-und-ACTA-2179810.html)

<sup>7</sup> Auch die Banken! Man könnte meinen diese Beamten und Politiker hätten eine Amnesie. Die Finanzkrise ist noch keine 10 Jahre her.

privatisierte Energie- oder Wasserversorgung wieder kommunalisieren würde, wie dies z.B. in Paris geschehen war. Dies auch, wenn die Auswirkungen einer Privatisierung verheerend wären (beispielsweise: verschmutztes Wasser und überbordende Kosten). Weiter ist vorgesehen, dass der Vorrang von nationalen Gesetzen (z.B. KonsumentInnenschutz, ArbeitnehmerInnenschutz, Umweltschutz) vor der Deregulierung wegfällt.

Falls TiSA wirklich kommt, nimmt das jedem teilnehmenden Land die Möglichkeit der wirtschaftlichen Steuerung. Auch (bisher) gut funktionierende staatliche Dienstleistungsbereiche wie die Schulen, Wasser- und Energieversorgung, Abwasserentsorgung, etc. würden dem internationalen Kapital zum Frass vorgeworfen. Für uns alle blieben nur höhere Kosten, schlechtere Qualität,<sup>8</sup> tiefere Löhne und der Verlust von Mitbestimmung.

### **WIDERSTAND GEGEN TiSA, HIER UND ÜBERALL**

Dass die BRICS-Staaten bei TiSA nicht dabei sind, ist nicht sehr überraschend. Sie wollen sich nicht darauf einlassen und weigern sich die Teilnahmebedingungen, welche die USA stellen, zu erfüllen.<sup>9</sup> Die Schweiz hingegen ist voll dabei.<sup>10</sup> Natürlich erhofft sich das schweizerische Kapital durch die Liberalisierungen grosse Gewinne, z.B. Nestlé mit Wasserprivatisierungen.

<sup>8</sup> Beispiele dafür gibt es genügend. Zum Bsp. bei der Privatisierung der Wasserversorgung: [www.heise.de/tp/artikel/38/38608/1.html](http://www.heise.de/tp/artikel/38/38608/1.html)

<sup>9</sup> <http://orf.at/stories/2228120/2228147/>

<sup>10</sup> [www.seco.admin.ch/themen/00513/00586/04996/index.html?lang=de](http://www.seco.admin.ch/themen/00513/00586/04996/index.html?lang=de)

Bisher ist der Widerstand weltweit noch nicht sehr gross, dies auch weil viele Einzelheiten der Verhandlungen erst kürzlich und nur langsam an die Öffentlichkeit gelangen.

Die bisher wichtigste internationale Kampagne fand zwischen dem 7. Februar 2014 und 25. Mai 2014 auf europäischer Ebene statt und hiess: «Zur Verteidigung des Gesundheitswesens und der sozialen Sicherheit».

In der Schweiz läuft zurzeit die Sammlung von Unterschriften für eine Petition «Gegen das Abkommen zum Handel mit Dienstleistungen (TiSA), für die Wahrung der demokratischen Rechte» ([http://stop-tisa.ch/wordpress/?page\\_id=92](http://stop-tisa.ch/wordpress/?page_id=92)). Weitere Aktionen werden sicherlich folgen, auf [www.stop-tisa.ch](http://www.stop-tisa.ch) wird laufend informiert werden. Und auch wir von der Kommunistischen Jugend werden Widerstand leisten. Ihr findet die Informationen wie immer auf [www.kommunistischejugend.ch](http://www.kommunistischejugend.ch) und auf unserer Facebookseite.

### **QUELLEN:**

[www.taz.de/!137455/](http://www.taz.de/!137455/)

[www.heise.de/tp/news/TISA-Die-Freihandelszone-nach-TTIP-und-ACTA-2179810.html](http://www.heise.de/tp/news/TISA-Die-Freihandelszone-nach-TTIP-und-ACTA-2179810.html)

<http://orf.at/stories/2228120/2228147/>

[www.seco.admin.ch/themen/00513/00586/04996/index.html?lang=de](http://www.seco.admin.ch/themen/00513/00586/04996/index.html?lang=de)

[www.wikipedia.ch](http://www.wikipedia.ch)

*Dänu*

# GEGEN DIE REVISION DES BÜPF!

*Bundesgesetz betreffend die Überwachung des Post- und Fernmeldeverkehrs – so heisst das Gesetz hinter der lustig anmutenden Abkürzung. Dieses Gesetz liefert die gesetzlichen Grundlagen für sogenannte «geheime Zwangsmassnahmen», wie die Telefonkontrolle und der Einsatz von verdeckten Ermittlern. Zurzeit wird die Revision dieses Gesetzes debattiert, wobei der Anwendungsbereich erweitert werden soll und die gesetzliche Grundlage für den Einsatz von Staatstrojanern geschaffen werden soll. Hier ein kurzer Überblick über die aktuell sich in Kraft befindende Fassung.*

## **MOMENTANER GELTUNGSBEREICH DER ÜBERWACHUNG DES POST- UND FERNMELDEVERKEHRS**

Das BÜPF gilt für die Überwachung des Post- und Fernmeldeverkehrs, die angeordnet und durchgeführt wird im Rahmen eines Strafverfahrens des Bundes oder eines Kantons, zum Vollzug eines Rechtshilfeersuchens und im Rahmen der Suche und Rettung vermisster Personen (Art. 1 BÜPF). Als das Gesetz erlassen wurde, rechtfertigte man diese «geheimen Zwangsmassnahmen» mit dem Zuwachs an (international) organisierter Kriminalität, Wirtschaftskriminalität, Terrorismus und schweren Menschenrechtsverletzungen. Man wollte nicht mehr ohnmächtig abwarten müssen, um gegen schwere Kriminalität vorgehen zu können, sondern schon im Vorfeld solche Akteure überwachen dürfen, um dann das Schlimmste vermeiden zu können. Somit verlagerte sich die Tätigkeit von einer hauptsächlich repressiven (Aufklärung von Straftaten und Bestrafung der Täter) zu einer präventiven (Überwachung und Sammlung von Vorratsinformationen, um präventiv Straftaten zu verhindern). In der Praxis wurde der Anwendungsbereich von dieser makrokriminellen Ebene aber bald

stark auf Alltagssituationen ausgeweitet, vor allem im Bereich der Drogendelinquenz.<sup>11</sup>

Das Gesetz gilt für alle Anbieterinnen von Post- und Fernmeldedienstleistungen sowie für Internet-Anbieterinnen (Art. 1 BÜPF). Mit anderen Worten richtet sich das Gesetz an alle uns bekannten Telefonieanbieter, wie Swisscom, Orange, Sunrise und wie sie alle heissen mögen. Aber auch an die Post. Im Rahmen gewisser Strafverfahren will der Staat Telefonate mithören, E-Mails abfangen, das Surfverhalten mitverfolgen, etc.

Und wer genau kümmert sich im Staat um diese Aufgaben? In Art. 2 des BÜPF findet man die Bestimmung, wonach der Bund «einen Dienst für die Überwachung des Post- und Fernmeldeverkehrs betreibt, der bei der Erfüllung seiner Aufgaben selbstständig agiert: der Dienst ist weisungsungebunden und dem zuständigen Departement *nur administrativ* unterstellt». Mit anderen Worten agiert dieser Dienst absolut im Geheimen, ohne dass es durch eine andere staatliche Behörde kontrolliert würde. Auch vom zuständigen Departement –

<sup>11</sup> Pieth, Mark: Schweizerisches Strafprozessrecht, Grundriss für Studium und Praxis. Basel: 2009, S.26

dem Eidgenössischen Justiz- und Polizeidepartement (EJPD) – ist dieser Dienst völlig unabhängig.

Diese absolute Selbstständigkeit und dieses Agieren im Geheimen stösst auf berechtigte Kritik: es besteht ein erhebliches Missbrauchspotenzial.<sup>12</sup> Wer sagt uns, ob wir abgehört werden und wieso? Können wir wirklich darauf vertrauen, dass dieser Dienst nicht vielleicht strafrechtliche Bagatellen zum Anlass nimmt, um uns abzuhören? Ob man abgehört wurde, würde man in den meisten Fällen niemals erfahren – oder dann erst, wenn man sich in mitten eines Strafverfahrens befindet. Zum Beispiel wurde Andrea Stauffacher (Revolutionärer Aufbau Zürich) geheim überwacht.

#### **VORAUSSETZUNGEN UND DELIKTSKATALOG**

Die Voraussetzungen und die abschliessende Aufzählung der Delikte, bei welchen der Post- und Fernmeldeverkehr auf richterliche Genehmigung hin überwacht werden darf, findet sich nunmehr seit dem Jahre 2007 in der eidgenössischen Strafprozessordnung (StPO) wieder.

Art. 269 StPO präsentiert sich als eine ziemlich umfassende Liste von Delikten und Gesetzesbestimmungen. Eine geheime Überwachung kann sich gegen eine tatverdächtige Person richten. Nach Art. 270 StPO aber auch gegen eine Drittperson gerechtfertigt sein, wenn aufgrund bestimmter Tatsachen angenommen werden muss, dass die beschuldigte Person die Postadresse oder den Fernmeldeanschluss der Drittperson benutzt, oder die Drittperson für die beschuldigte Person bestimmte Mittei-

lungen entgegennimmt oder von dieser stammende Mitteilungen an eine weitere Person weiterleitet. Somit kann auch der Internetanschluss und die Postadresse von Familienangehörigen, Lebenspartner, WG-Mitbewohner überwacht werden.

In Art. 269 StPO findet sich eine lange Liste von Artikelnummern, weshalb man Artikel für Artikel nachschlagen muss, um die eigentliche Tragweite des Geltungsbereiches zu erfassen. Dieser greift schon in der aktuellen Fassung sehr weit in den Alltagsbereich der Bürger ein und betrifft nicht nur die Bekämpfung von Makrokriminalität. So sind sämtliche Straftatbestände des Strafgesetzbuches (StGB), inklusive vieler Eigentumsdelikte aufgeführt, wie beispielsweise Diebstahl und Sachbeschädigungen mit grossem Schaden. Aber auch Computerdelikte, die Pornographiebestimmung von Art. 197 StGB (der zum Beispiel den Besitz und die elektronische Beschaffung harter Pornographie unter Strafe stellt).

Auch das Ausländergesetz ist enthalten (Artikel 116 Absatz 3 und 118 Absatz 3 des AuG [Ausländergesetz]). Diese Bestimmungen setzen unter Strafe, wer für eine Vereinigung oder Gruppe handelt, die zusammengefunden hat, um fortgesetzt im In- oder Ausland einer Ausländerin oder einem Ausländer die rechtswidrige Ein- oder Ausreise oder den rechtswidrigen Aufenthalt in der Schweiz zu erleichtern oder vorbereiten hilft sowie wer durch Mitwirken in einer solchen Gruppe durch falsche Angaben oder Verschweigen wesentlicher Tatsachen die Behörden täuscht und dadurch die Erteilung einer Bewilligung erschleicht oder bewirkt, dass der Entzug einer Bewilligung unterbleibt. Mit diesen Bestimmungen machen sich sämtliche Personen strafbar, welche im Migrationsbereich

---

<sup>12</sup> Pieth, Mark: Schweizerisches Strafprozessrecht, Grundriss für Studium und Praxis. Basel: 2009, S.26 f.

Asylsuchenden rechtliche oder tatsächliche Hilfe im Durchlaufen des Verfahrens leisten.

Schliesslich ist auch das Betäubungsmittelgesetz mit den Artikel 19 Absatz 2 sowie Artikel 20 Absatz 2 vertreten. In diesen Bestimmungen geht es um das Handeln mit Drogen.

Somit lässt sich erkennen, dass die aktuell in Kraft stehende Fassung zulässt, bei einer Vielzahl von Straftaten die tatverdächtige Person, sowie Drittpersonen, geheim zu überwachen.

## REVISION DES GESETZES

Dieses Gesetzes wird zurzeit revidiert. Der Anwendungsbereich soll noch erweitert werden und insbesondere den technischen Fortschritten angepasst werden.<sup>13</sup> Am umstrittensten ist wohl der Einsatz von Staats-trojanern.<sup>14</sup> Wie dies in der Botschaft auf Seite 2701 eingehend erläutert wird, wurde in der Vergangenheit von einigen Kantonen solche GovWare<sup>15</sup> eingesetzt, obwohl es höchst umstritten war, ob dies überhaupt zulässig ist. Mit der Schaffung einer gesetzlichen Grundlage wird die Frage auf rechtsstaatliche Manier gelöst, in dem einfach eine Gesetzesbestimmung geschaffen wird.<sup>16</sup> Ein besonderes Augenmerk gilt

<sup>13</sup> Siehe die Botschaft zur Totalrevision des BÜPF: BBl 2013 2683

<sup>14</sup> Als Trojanisches Pferd (auch kurz Trojaner genannt, bezeichnet man ein , das im Hintergrund und ohne Wissen des Anwenders eine andere Funktion erfüllt, als die in Wirklichkeit angenommen wird.

<sup>15</sup> GovWare werden in ein Datenverarbeitungssystem eingeführt, um den Inhalt der Kommunikation und die Randdaten abzufangen

auch der Vorratsdatenspeicherung: Daten aus Überwachungen werden neu zentral aufbewahrt, und der Zugang zu diesen Daten, die Einsichtnahme und die Aufbewahrungsdauer werden neu geregelt. Die Aufbewahrungspflicht für Randdaten soll von sechs auf zwölf Monate ausgedehnt werden.

Dies ist in Anbetracht des Grundrechts auf Achtung des Privatlebens höchst problematisch. Von der Gesamtheit der gesammelten Vorratsdaten können sehr genaue Schlüsse auf das Privatleben aller Personen gezogen werden, etwa auf Gewohnheiten des täglichen Lebens, ständige oder vorübergehende Aufenthaltsorte, tägliche oder in anderem Rhythmus erfolgende Ortsveränderungen, ausgeübte Tätigkeiten, soziale Beziehungen und das soziale Umfeld.<sup>17</sup>

Im März 2014 hat der Ständerat die Revision des BÜPF durchgewunken. Dies obwohl am 8. März 2014 ein historischer Entscheid des Europäischen Gerichtshofs (EuGH) ein umstrittenes EU-Gesetz zur Vorratsdatenspeicherung für ungültig erklärt hatte, wonach die massenhafte Speicherung von Telefon- und Internetverbindungsdaten ohne konkreten Anlass als ein gravierender Eingriff in die Grundrechte (insbesondere Achtung des Privatlebens) der Bürger bezeichnet wurde.<sup>18</sup>

<sup>16</sup> Dies ist jedoch nur zulässig bei Straftaten, bei denen eine verdeckte Ermittlung zulässig wäre (vgl. den Katalog in Art. 286 Abs. 2 StPO und nicht bei den Delikten nach Art. 269 StPO.

<sup>17</sup> Quelle: fehlt mangels Ressourcen

<sup>18</sup> Rechtssachen C-293/12 und C-594/12. Quelle: [www.grundrechte.ch/CMS/europaeischer-gerichtshof-eugh-kippt-vorratsdatenspeicherung.html](http://www.grundrechte.ch/CMS/europaeischer-gerichtshof-eugh-kippt-vorratsdatenspeicherung.html)

**NEIN ZUR REVISION DES BÜPF**

Wie die NSA-Affäre und andere Skandale gezeigt haben, ist die uneingeschränkte Überwachung aller EinwohnerInnen durch den Staat schon lange im Gange. Die Schweiz passt sich diesem Trend an, in dem sie die Debatte um die Zulässigkeit solcher geheimen Überwachungsformen einfach mit der Schaffung einer gesetzlichen Grundlage aus dem Weg räumen möchte. Unter dem Deckmantel der (Schwer-)Kriminalitätsbekämpfung werden nicht nur die Repressionsmöglichkeiten ausgebaut, sondern den Behörden auch erheblicher Spielraum zur präventiven Überwachung eingeräumt.

Wir sagen nein zu dieser Revision, weil schon die aktuelle Fassung höchst proble-

matisch ist. Sie beschränkt die Freiheit aller hier lebenden Menschen.

- Nein zur Revision des BÜPF
- Nein zu noch mehr Einschränkungen von Privatsphäre und Freiheit
- Nein zum Überwachungsstaat
- Nein zu noch mehr Repression

Die geheime Überwachung im Rahmen des BÜPFs ist dann übrigens nicht die gleiche wie jene im Rahmen des Nachrichtendienstes: Auch das NDG wird revidiert! Die Botschaft wurde am 19. Februar 2014 verabschiedet. Leider ist sie nicht einsehbar:

[www.grundrechte.ch/CMS/vernehmlassungsantwort-zum-neuen-nachrichtendienstgesetz-ndg.html](http://www.grundrechte.ch/CMS/vernehmlassungsantwort-zum-neuen-nachrichtendienstgesetz-ndg.html)

*Mina*

<b>BÜPF</b>	<b>NDG</b>	<b>BWIS</b>	Abkürzung
Bundesgesetz betreffend die Überwachung des Post- und Fernmeldeverkehrs	Nachrichtendienstgesetz des Bundes	Bundesgesetz über Massnahmen zur Wahrung der inneren Sicherheit	Gesetz
Das BÜPF regelt die Überwachung des Post- und Fernmeldeverkehrs, die angeordnet und durchgeführt wird im Rahmen eines Strafverfahrens des Bundes oder eines Kantons, zum Vollzug eines Rechtshilfeersuchens und im Rahmen der Suche und Rettung vermisster Personen	nicht amtlich veröffentlicht	Sicherung der demokratischen und rechtsstaatlichen Grundlagen der Schweiz und der Freiheitsrechte der Bevölkerung vor Gefährdungen durch Terrorismus, verbotenen Nachrichtendienst, gewalttätiger Extremismus und Gewalt anlässlich Sportveranstaltungen	Zweck und Aufgaben
Richtet sich an alle Anbieterinnen von Post- und Fernmeldedienstleistungen sowie an Internet-Anbieterinnen Ein unabhängiger Dienst kümmert sich um die Überwachung	Hier Ihre Werbung!	Kantone und Bundesrat. Der Bundesrat regelt die Aufgabenteilung zwischen dem Nachrichtendienst und dem Bundesamt für Polizei (fedpol) und den Organen der militärischen Sicherheit.	Akteure
Hier Ihre Werbung! Damit mehr Zeit für Recherche ist...	Abhören von Telefon, Öffnen der Post, Installation von Wanzen und Peilsendern, Durchsuchen von Privaträumen, ausserhalb eines Strafverfahrens	Enthält u.a. EMRK-widrige Hooligangesetzgebung	einige Probleme

# GESCHICHTE DES ANTIKOMMUNISMUS IN DER SCHWEIZ

*1984 erschütterte die Fichen-Affäre die politische Landschaft der Schweiz. Die von der Eidgenossenschaft geplante Revision des Bundesgesetzes betreffend die Überwachung des Post- und Fernmeldeverkehrs (BÜPF) dieses Jahres lässt die Affäre in den Köpfen der KritikerInnen und GegnerInnen eines Überwachungsstaates wieder aufflammen. Leider geht in Vergessenheit, dass sich dieser Abhörskandal gezielt gegen SozialistInnen und KommunistInnen des Landes gerichtet hat, was eine deutliche antikommunistische Tendenz des Staatsapparates aufdeckte. Doch wie war der Antikommunismus in der Schweiz präsent, und seit wann? Und wie tritt dieser noch Heute in Erscheinung, falls es das Phänomen noch gibt?*

## **ANTIKOMMUNISMUS ALS EIGENE IDEOLOGIE**

«Was ist Antikommunismus wenn nicht die quasi universelle Ablehnung des Kommunismus?» Mit diesen Worten beginnt Jean-François Fayet sein Sachbuch mit dem Titel «Geschichte des Antikommunismus in der Schweiz». Der Historiker Denis Schmidt geht einen Schritt weiter und betrachtet das Phänomen objektiv. Sein Fazit lautet wie folgt: Der Antikommunismus ist eine Ideologie an sich, welche sich mit eigenen Ängsten, Besorgnissen und Phantasien nährt. Es ist diese der Angst einer roten Welle an rüpelhaften ProletInnen die mit ihren Klauen den ganzen Erdball rot färben und die Diktatur des Proletariats verkünden wollen. Der Ideologieexperte und Historiker Philippe Burrin von der Pariser Universität Sorbonne erörtert die zwei

Hauptvorteile dieses Antikommunismus im Sinne einer Ideologie: Unklarheit und Flexibilität.

## **ERSTE FEINDESELIGKEITEN AUS DER LITERATUR**

Wer denkt, dass der Antikommunismus einem Erzeugnis aus den Ängsten des Kalten Krieges entspricht, irrt sich. Das erste Dokument in der schweizerischen Geschichte, welches eine klare antisozialistische und antikommunistische Tendenz aufzeigt, geht zurück auf das Jahr 1846. Zwei Jahre zuvor schrieb Karl Marx die sogenannten «Ökonomisch-philosophischen Manuskripte aus dem Jahr 1844» oder «Pariser Manuskripte», seine allererste schriftliche Theorie über das ökonomische System und die Rolle der Arbeit. Es war eine Zeit des sozialen Umdenkens, eine Zeit der wach-

senden Kritik gegen den sogenannten Manchester-Kapitalismus, in dem die Situation der Arbeiterfamilien so prekär wie noch nie war. Diskussionen über Revolution, Sozialismus und Kommunismus strömten durch alle Länder, auch durch die Schweiz.

Und so kam es dass 1846 der Schweizer Schriftsteller Jeremias Gotthelf in seinem Roman «Jacobs, des Handwerksgesellen, Wanderungen durch die Schweiz», ein patriotisches, wenn nicht nationalistisches Werk veröffentlicht. Ein mit konservativen Werten bestücktes Werk, in welchem der Wandergeselle Jacobs von Deutschland aus in die Schweiz reist und auf ungepflegte und unrasierte Revoluzzer ohne Manieren trifft. Die Schlussfolgerung des Romans ist eindeutig: Hoch die christlichen Sitten und lang lebe das Vaterland!

#### **ANTIKOMMUNISTISCHE ENTENTE, DIE ROLLE AUBERTS UND DESSEN FASCHISTISCHE ZÜGE**

Der Genfer Anwalt und Politiker Théodore Aubert gilt als zentrale Figur des antikommunistischen Phänomens in der Schweiz. 1918 war er Gründungsmitglied der Bürgerwehrbewegung in der Westschweiz, eine Organisation, die sich gegen den Landestreik formierte. Die Bürgerwehrbewegung gilt als Vorreiter der späteren sogenannten Frontistenbewegung, welche deutliche faschistische Züge aufwies. In Paris findet 1924 eine Versammlung mehrerer Organisationen statt, deren Ziel es ist «die Prinzipien der Ordnung der Familie und des Vaterlandes» zu schützen. Aus diesem Treffen entsteht die «Entente Internationale contre la IIIe Internationale», oder auch bekannt

unter dem Namen «Ligue Aubert». Théodore Aubert eröffnet ein permanentes Büro dieser Organisation in Genf und geht von 1935 bis 1939 für die faschistische Union Nationale in den Nationalrat. Hiermit sieht man deutlich, welche Ideologie sich hinter der Leitung der antikommunistischen Bewegung dieser Zeit verbirgt: Faschismus und Nationalsozialismus.

#### **KALTER KRIEG, NEUTRALITÄT UND VERFASSUNGSWIDRIGKEIT**

Die Neutralität der Schweiz ist weltweit bekannt. Die Schweiz war in beiden Weltkriegen und auch im Kalten Krieg theoretisch neutral. Dies war aber faktisch nicht so und die Beispiele reichen von Geschäften mit den Nazis, die Verweigerung jüdische Flüchtlinge aufzunehmen, bis hin in den Kalten Krieg, in welchem die Schweiz eine deutlich natofreundliche Position vertrat, wie es der Abhörskandal 1988 («Fischen-Affäre») aufzeigt. Einige Beweise, die die antikommunistische Tendenz und den Neutralitätsbruch der Schweiz bestätigen, finden sich vor allem nach der Entstehung der UdSSR und während des Kalten Krieges wieder. So zum Beispiel brauchte die Schweiz über 30 Jahre für die einfache Anerkennung der UdSSR als Staat. Aber noch schwerwiegender ist das im August 1940 staatlich verhängte Verbot kommunistischer Propaganda und weit schlimmer und deutlicher: das Verbot der Kommunistischen Partei der Schweiz (KPS) im November desselben Jahres. All diese Schweizer Beispiele sind Mahnmale der Verletzung der Meinungsfreiheit, der Versammlungsfreiheit und der Vereinigungsfreiheit, welche in der Verfassung verankert sind – in diesem als neutral geltenden Staat. Die

Neutralität und die bürgerliche Verfassung der Schweiz wurden damit, wie so oft, von der herrschenden Klasse verachtet und vernachlässigt.

## ENDE DES KALTEN KRIEGS, ENDE DES ANTIKOMMUNISMUS?

1991 zerfiel der Ostblock. Die Phase der Ost-West-Bipolarität der Welt ist scheinbar beendet. Als logische Folgerung davon flaut die antikommunistische Haltung ab, oder ist nicht mehr ein so wichtiges Thema an den Stammtischen des Landes. Dennoch irrt das Gespenst des Antikommunismus in den Köpfen weiter herum und gilt auch als opportunistischer Nährboden für politische Zwecke. Ein Beispiel dafür ist die Propaganda der rechten Kräfte gegen die gescheiterte 1:12-Initiative im November letzten Jahres. Jean-François Rime (SVP FR) betitelt die Initiative in der Anti-1:12-Abstimmungszeitung als «sozialistisches Experiment».



**Bild:** <http://oltnerwoche.ch/KW45.13/aarezeitung/files/assets/seo/page3.html>

Und noch deutlich näher der antikommunistischen Ideologie ist das Abstimmungs-

plakat der SVP. Das Plakat zeigt den Umriss der Schweiz, durchschlagen von unten durch eine rote Faust, welche die Industrie in unserem Land bildlich zerstört. Als Verzierung gehört selbstverständlich noch eine Sichel und ein Hammer dazu, die Symbole der Arbeiter- und Bauernklasse.

Als Fazit kann man sagen: Der Antikommunismus war und ist in der Schweiz ein real existierendes Phänomen und ein ständiger Begleiter des Kommunismus. Er nahm mehrere Formen an und spiegelt sich noch heute in der Gesellschaft und auf der Politikbühne wider. Er ist ein belastendes Beispiel dafür wie man mit Andersdenkenden in der Geschichte umgegangen ist, auch in einem «neutralen Rechtsstaat» wie der Schweiz.

## QUELLEN:

Caillat, Cerutti, Fayet, Roulin (Hrsg.): Geschichte(n) des Antikommunismus in der Schweiz. Zürich: Chronos, 2009

Burrin, Philippe: «Ressentiment et apocalypse: Essai sur l'antisémitisme nazi», Paris: Éditions du Seuil, 2004

Résolution adoptée à l'unanimité le 23 juin 1924 par l'assemblée constitutive de l'Entente internationale contre la troisième Internationale réunie à Paris, «Procès-verbal de la Séance du 23 juin 1924», Archives EIA, Conférences du conseil international, 1924-1926, «1e Conférence- Paris-23-24 juin 1924».

<http://www.1-12-nein.ch/wp-content/uploads/2013/11/Abstimmungszeitung.pdf>

*Jeannot*

# BILDUNG? FORM'ACTION!

*Zum dritten Mal schon fand die Form'action statt («formation» heisst «Bildung» auf Französisch, dazwischen gab es auch etwas «Action»), das Bildungswochenende der GenossInnen aus dem Kanton Neuenburg, den Jeunes POP. In Bern nennen wir es auch gerne Rote Ostern, in Anlehnung an unseren Roten Oktober und im Einklang mit der jeweiligen Jahreszeit.*

Nach dem Val-de-Travers und bei Neuchâtel hat es heuer in Biel stattgefunden, in einem traumhaft unter dem Waldrande gelegenen, jedenfalls von innen rustikal anmutenden Pfadiheim mit knorrigem und knarrendem Boden und grossem Cheminée, dass zuerst aber das schlecht isolierte Gebäude nicht zu heizen vermochte – durch die zügigen Zimmerwände konnte man sogar blicken. Das Programm war hingegen wieder ganz heiss, vollbe packt mit interessanten Vorträgen, Workshops, Diskussionen, Filmen etc. Es ist auch immer wieder ermutigend zu sehen, wie jung, und zahlreich die jeunes Popistes sind, da sie ja die Zukunft der Partei bilden, und dass viele Frauen aktiv sind, resp. eine führende Rolle innerhalb der Sektion innehaben. Eine grosse Delegation konnte auch die Kommunistische Jugend Bern entsenden, leider ohne Beteiligung aus Biel. Ein treuer Genosse aus dem Tessin hat auch den Weg an den Jurasüdfuss gefunden. Abwesend zeigte sich die Jeunesse Communiste der Rest-Romandie, die Zürcher Sektion und die Innerschweiz.

## UNSERE GESCHICHTE

Gleich am ersten Tag kam André Rauber vorbei, der Doyen der kommunistischen

Geschichtsschreibung in der Schweiz. Zuerst brachte er eine Einleitung über historische, internationale, strukturelle und nationale Zusammenhänge als Einführung extra für Junge.

Nach Bakunins Abspaltung der antiautoritären von der Ersten Internationalen (Internationale Arbeiterassoziation), ging diese ein und es wurde eine Zweite (sozialistische) gegründet. Abgespalten hat sich dann wiederum die Dritte, pazifistische, revolutionäre von der Zweiten, opportunistischen, reformistischen nach deren Zuspruch zum Ersten Weltkrieg. Auch in der Schweiz gab es eine Trennung. Davor haben die zwei wichtigsten vorbereitenden internationalen Konferenzen im Lande stattgefunden, Zimmerwald und Kient(h)al. Die SP war zuerst noch für deren Beitritt, hat sich dann aber dagegen entschieden in einer zweiten Abstimmung, als sich die Bedingungen für eine Mitgliedschaft änderten. Darauf gründete die linke Minderheit im März 1921 die Kommunistische Partei der Schweiz, zusammen mit den jugendlichen Mitgliedern der Gruppe «Forderung», die schon 1918 eine gleichnamige Organisation hatten, welche danach paradoxerweise «Altkommunisten» genannt wurde. Zwischen 1937 und 40 folgten dann Parteiverbote, zuerst der westschweizer Sektionen, dann der KPS. Nach Aktivi-

täten im Untergrund und dem gescheiterten Versuch von Jules Humbert-Droz, nach der Auflösung der Kommunistischen Internationalen 1943 eine Einheitspartei von KommunistInnen und SozialdemokratInnen zu gründen, konstituierte sich 1944 die Föderation der Parteien der Arbeit der Schweiz. Er ging noch kurz auf die interessante Entstehungsgeschichte der Zeitung *Voix ouvrière* ein, der Vorgängerin vom *Gauchebo*, dem Schwesterblatt des *Vorwärts*. Nach den Erfolgen nach dem Zweiten Weltkrieg (in Basel PdA stärker als SP, in Genf 36 von 100 Sitzen) ging es im Zuge des Kalten Krieges, v.a. nach dem Ungarnaufstand 1956, kontinuierlich bergab. Das Parteiprogramm von 1991 hatte auch einige libertäre Züge bezüglich Emanzipation, wollte nicht mehr ausdrücklich den Umsturz der Verhältnisse, sondern einfach eine Überwindung des Kapitalismus. Fangen konnte sich die Partei erst wieder in Mitte/Ende 90er-Jahre und anfangs 00er. Erfolge konnte sie in Le Locle feiern, wo sie die grösste der Parteien sowohl in Regierung wie Parlament ist, und im Kanton Bern, wo sie ins Stadtparlament Berns gewählt wurde nach einem halben Jahrhundert Abwesenheit, und auch ein Mitglied im Gemeinderat von Oberburg hatte. In der deutschsprachigen Schweiz blieb die Partei ansonsten unbedeutend.

Wer die ganze Geschichte kennen will, der/dem sei das Werk André Raubers zur Lektüre empfohlen: *Formierter Widerstand*<sup>19</sup>. Es eignet sich auch vorzüglich als Nachschlagewerk, resp. zur Anschaffung.

<sup>19</sup> Rauber, André: *Formierter Widerstand: Geschichte der kommunistischen Bewegung in der Schweiz 1944–1991*. Zürich: Edition 8, 2003

## ÜBERWACHUNG, KALTER KRIEG, KOMMUNISTINNENHATZ

Am zweiten Tag gab es einen äusserst interessanten und erhellenden Vortrag eines Genfer Anarchisten über die Anfänge im vorletzten und letzten Jahrhundert der staatlichen Überwachung von politischem Aktivismus in der Schweiz und dem langwierigen Versuch, die nachrichtendienstlichen Aktivitäten der politischen Überwachung auf Bundesebene zusammenzuführen.

Im Anschluss dazu durften wir René Lechleiter begrüßen, resp. er uns, denn es war ihm eine Freude, so viele junge Leute zu sehen, die sich zu Bildungszwecken treffen, und das schon seit einigen Jahren. Er hat den Kalten Krieg miterlebt, war bei den PionierInnen, kam aus einer traditionsreichen kommunistischen Familie. Es war ja nicht immer so, dass die Kinder denselben Weg eingeschlagen haben. Er hat 1974 den Kommunistischen Jugendverband wieder gegründet. Das Logo, welches wir im Original oder in abgewandelter Form immer noch verwenden und auf einem gerade hängenden Transpi zu sehen war, hatte er gemacht, inspiriert von den Murales, den Wandmalereien im Chile Salvador Allendes, welches er selbst miterlebt hatte. Sie hatten damals auch schon Bildungsveranstaltungen, jedoch nur tageweise, wo sie z.B. von ehemaligen SpanienkämpferInnen, die sich gegen Francos Putschisten engagierten, lernten.

Was heute «Terroristen» genannt wird, waren früher die KommunistInnen. Stichwort Koreakrieg, Vietnam, McCarthy. Den ersten Ficheneintrag hatte René 1960 mit 14 Jahren, aufgrund eines Ferienlagers in der

DDR. Sie wurden an der Grenze in Buchs SG gefilzt. Dann gab es ein Erdbeben aufgrund von Chruschtschow, der Stalin denunzierte. Die UdSSR war bis dahin wie eine Kirche.

In den Kantonen Basel und Zürich wurde das Frauenstimmrecht als «populäre Idee» denunziert, um den «sowjetischen Kommunismus in der Schweiz einzuführen». Selbst vor den Ereignissen in Ungarn hat Helmut Hubacher, später noch Präsident der SP geworden, einen Text geschrieben, wo er gesagt hat, dass man KommunistInnen in einen Käfig auf dem Marktplatz (in Basel) stellen sollte, um sie zu beleidigen etc. Sie hätten den Schweizer Pass nicht verdient. Auch xenophob verhielt sich der SEV (damals «Schweizerischer Eisenbahnerverband», heute mit geschlechtsneutraler Formulierung), der zwar AusländerInnen aufnahm, aber nur, um deren Beiträge einzusacken. Für diese wurde nichts gemacht.

Das Parteisekretariat in Bern musste geschlossen werden, der Vorwärts konnte nicht mehr täglich, erscheinen, sondern nur noch wöchentlich. Die Teilnehmenden der Weltfestspiele der Jugend und Studierenden wurden am Bahnhof empfangen aufgrund von Titulierungen als «Moskautreue» in der Presse und Aufrufen zu Empfangskomitees. Es hatte viele Faschos, die die Koffer wegwarfen, Geschenke zerstörten, Erinnerungsstücke etc.

Konrad Farner wurde vom Redaktor Bieri des Zürcher Ressorts der NZZ denunziert, indem seine Adresse in Thalwil veröffentlicht wurde. Danach wurde Farner Pogromen ausgesetzt, musste sich verstecken und zwischenzeitlich umziehen. Auch der bernische Pfarrer Kurt Marti musste unter

der öffentlichen Hetze leiden. Ebenso schlug sich beim Vorwärts dieses Klima nieder. René hatte die Aufgabe, den Vorwärts zu verteilen. Jeder GenossIn erhielt einen Stapel. Die Zeitung wurde damals also nicht per Post ausgetragen.

1963 gab es den ersten Ostermarsch (Bern-Lausanne). Auch hier gehörte René zu den InitiantInnen. Es gab ihn später auch in Biel und Zürich. In Bern existiert er noch heute (jedes Jahr am Ostermontag stattfindend).

Für Vorkommnisse wie Vietnamkrieg, Revolutionen in Portugal, Iran etc. war die Partei nicht vorbereitet, resp. nicht offen genug.

Bei den Globus-Krawallen für eine Autonomes Jugendzentrum (AJZ) wurden zum ersten Mal Tränengaskanonen eingesetzt. Vorher haben immer Feuerwehrleute mit Wasser geschossen. Die Junge Sektion in Zürich fand grossen Widerhall, hatte einen beachtlichen Einfluss auf die Musikszene, als im Hallenstadion Jimi Hendrix oder die Rolling Stones spielten.

In den 80ern gab es eine grosse Demonstration der Schweizerischen Friedensbewegung für Abrüstung mit 40'000 Teilnehmenden. Deswegen musste die schweizerische Dépendence der sowjetischen Agentur Itar-Tass um Martin Schwander schliessen. Es gab immer Gerüchte, dass es nur mit Geld aus Moskau möglich war, journalistisch zu bestehen. Doch Lechleiter selbst bietet ein Gegenbeispiel. Beim Vorwärts hat er zwar 1500.- Fr. bekommen, was aber trotzdem nicht gereicht hat, um das Maximum bei der AHV ohne Löcher zu erreichen.

Die Kopp-Affäre spülte dann die Fichen an die Oberfläche. Nicht nur KommunistIn-

nen sind beobachtet worden, sondern im ganzen 900'000 Leute. Nach der Fichen-Affäre, zeigte sich, dass der FDPLer Cincera eine eigene Kartei hatte und Jagd auf Subversive machte.

## STREIK UND GEWERKSCHAFT

Parallel zu diesen beiden Vorträgen und Diskussionen fanden für AnfängerInnen Kurse statt über Gewerkschaftspolitik mit den beiden GenossInnen und Angestellten der Unia, Derya Dursun und Leo Schmid. Danach fand eine Diskussion statt mit zwei ehemaligen Streikenden des Neuenburger Spitals «La Providence» (zu deutsch «Die Vorsehung»). Wie der Name schon vermuten lässt, ist es ein katholisches, halbprivates Spital, hat also auch Geld des Staates bekommen.

Es sollte an Personen verkauft werden, die alle wegen Delikten wie Gewalt gegen Frauen und dergleichen verurteilt waren. Seit März ist das Spital in den Händen der Privatspitalkette Genolier (GSMN).

Es gab eine Steigerung von 7 Prozent bezüglich der Sterblichkeit aufgrund von höherem Druck auf das Personal. Praktisch alle Streikenden haben eine Arbeit gefunden nach ihrer Entlassung. Die Solidarität untereinander war gross, viel Arbeit fiel an (Kochen, Unterstützung des Personals, Diskussionen etc.).

Es herrschte ein kaltes Klima, es gab viele Tränen. Die Angestellten waren enttäuscht, weil die Unia ihnen versicherte, dass sie nie entlassen werden würden. Es kam anders. Alle waren gegen sie: die einzige Zeitung (L'Express, der Hersant-Gruppe gehörend), die Mitglieder der Kantonsregierung etc. Von den Parteien wurden sie nur aus op-

portunistischen Gründen auf die Wahlen hin unterstützt.

Man hat immer gedacht, dass es immer Pflegepersonal brauchen wird. Aber das ist nicht mehr so, überall werden die Arbeitsprozesse «optimiert», es zirkulieren schwarze Listen mit den Namen der StreikerInnen.

Am Abend dann wurde ausgelassen und -giebig gesungen, getanzt, musiziert. Nicht nur Gitarre, sondern auch Geige und Cello wissen die jungen Neuenburger GenossInnen wunderbar zu spielen. Die meisten Lieder stammten aus der von ihnen zusammengestellten Broschüre mit ArbeiterInnen- und Kampfliedern. Der Holzboden, der schon bei den Vorträgen störte, wenn die Leute schnell auf die Toilette mussten, tönte nun so, als würde die ganze Hütte bald zusammenkrachen.

## EU-IMPERIALISMUS

Am nächsten Tag war das Thema «Die Europäische Union und der Imperialismus» angesagt. Genosse Maximos Aligisakides POP (Parti ouvrier et populaire) Neuchâtel ist ein Spezialist für das Thema. Die direkten Investitionen im Ausland haben sich zwischen 1990 und 2000 mehr als versechsfacht, und zwischen 2000 und 2010 nochmals mehr als verdoppelt. «Globalisierung» ist nur ein anderer Ausdruck für «Kapitalismus», ohne zu sagen, um was es wirklich geht. Wettbewerb führt durch Konkurrenz zu Monopolen. Es gibt nicht-marxistische Imperialismustheorien wie die von Hobson und Hilferding, oder marxistische von Luxemburg, Lenin, Kautsky und Bucharin. Kennzeichen sind so neben den Monopolen das Finanzkapital und Kriege. Nach der von Lenin, geschrieben

zwischen Bern und Zürich, ist eine Konzentration von Kapital und Produktion charakteristisch. Monopole spielen eine Hauptrolle in der kapitalistischen Wirtschaft. Das Banken- und das Industriekapital verschmelzen und es entsteht eine Finanzoligarchie. Ein weiteres Charakteristikum ist der Kapitalexport. Abschliessend lässt sich sagen, dass es einerseits eine Aufteilung der Welt zwischen den kapitalistischen konkurrierenden Konzernen gibt, andererseits eine zwischen den imperialistischen Ländern.

Bei neueren Imperialismustheorien hingegen sind multinationale Konzerne wichtig, der Kapitalismus ist staatsmonopolistisch (Stamokap, heilige Allianz zwischen Unternehmen und den verschiedenen Ebenen des Staates). Auch die Dependenztheorie ist neueren Datums, die feststellt, dass nur die Zentren entwickelt sind, die Peripherie hingegen nicht, sondern verarmt.

Wichtig für uns KommunistInnen ist deswegen die Frage der Allianzen: mit ArbeiterInnen des Zentrums und der Peripherie. Und die Rolle der Bourgeoisie des Zentrums und der Peripherie spielt auch eine Rolle. Wie gestaltet sich also der Klassenkampf auf nationaler und internationaler Ebene?

Der Motor der Integration sind die Monopole und Multis. Die Superstrukturen der Integration sind die Institutionen und die Entscheidungsmechanismen. Die EU ist ein gutes Beispiel dafür. Es stellt sich für KommunistInnen die Frage, ob sie als Staat gesehen werden kann: formal gesehen nicht, aber in einigen Aspekten ist sie wie ein Staat, z.B. bezüglich Handel und Aussehen. Es gebärden sich verschiedene Formen der Integration, das Vereinigte Kö-

nigreich von Grossbritannien und Nordirland sind ein Beispiel dafür, mit Opting-Out z.B. bei der Währung, wo die Beibehaltung des Pfunds dem Euro vorgezogen wurde. Die Schweiz ist einen ähnlichen Weg gegangen mit den Bilateralen Verträgen mit der EU. Christoph Blocher ist diesbezüglich leider der leninistischste Politiker der Schweiz, weil er einige dieser Tatsachen und Fragen begreift.

Es stellen sich verschiedene Fragen über die Natur der EU, so z.B. ob es sich bei der «europäischen Integration» um einen befriedenden Begriff des Kapitalismus handelt, oder ob es eine neue Phase des Kapitalismus und Imperialismus ist. Welche Verbindung besteht zwischen den multinationalen Firmen und den Staaten? Gibt es einen Monopolkapitalismus auf der Ebene des europäischen Staates? Trotz kistInnen haben interessante Fragen über das internationale und nationale Kapital gestellt. Auch bei Blocher ist diese Unterscheidung anwendbar. Er ist für das nationale Kapital und sieht die Probleme der Abstimmung vom 9. Februar («Masseneinwanderungsinitiative») nicht. Dies zeigt die Konflikte und Interessengegensätze innerhalb des Kapitals, resp. die Tendenzen der Fraktionen des Kapitals.

Weiter muss man sich fragen, ob die EU sozial ist. Das ist nicht der Fall, da im Budget etwa 1 Prozent dafür vorgesehen ist. Sie ist kein soziales Konstrukt, sondern zerstört das Soziale. Bezüglich sozialer Frage kann man der EU nur ein Armutszeugnis ausstellen. Was das Demokratische an der EU betrifft, ist ebenso ein kritischer Blick nötig, sowohl aus schweizerischer, wie aus kommunistischer Sicht. Und wer profitiert in der EU? Es sind dies nicht bestimmte

Länder, aber gewisse Teile des Kapitals, die in den in verschiedenen Ländern zum Teil variieren. Marine Le Pen hat also nicht recht. Auch von der Integration profitieren nicht einzelne Länder. Es stellt sich auch die Frage, ob man nicht innerhalb der EU für eine Transformation hin zu einer sozialistischen Gesellschaft arbeiten soll. Auch Lenin wollte den alten russischen Staat des Zaren stürzen. Man braucht aber Symbole wie die Bastille oder das Winterpalais. Die EU hat keine solchen Symbole und ist wie gesagt nur teilweise als Staat zu sehen. Und welche Alternativen zum Mitwirken in der EU gibt es? Handeln von sozialen Akteuren und Gewerkschaften ist ein Beispiel dafür.

Ein weiteres Argument, das oft vorgebracht wird für die EU, ist dasjenige, dass sie gegen den US-amerikanischen Imperialismus gerichtet sein soll. Momentan kollaborieren die beiden, es gibt eine Arbeitsteilung, sowohl ökonomisch wie auch militärisch. Somit ist diese Sichtweise widerlegt. Wenn man gegen Gladiatorenkämpfe ist, stellt man nicht noch einen Tiger mehr gegen die Menschen in die Arena, in der Hoffnung, dass es weniger gewalttätig wird. Die EU ist eine nicht zu unterschätzende, intelligente und effiziente Konstruktion, die dazu noch sehr gut getarnt und viel entwickelter ist, als es die kapitalistischen Staaten von Hitler und Franco waren.

### **AUF EIN NÄCHSTES MAL!**

Am Schluss, am letzten Abend und am letzten Tag haben noch diverse GenossInnen aus verschiedenen Ländern, Portugal, Kolumbien und der Türkei berichtet. Vor allem der junge Genosse aus Portugal ver-

mochte die dortige Situation und die Nelkenrevolution, die sich in diesen Tagen das 40. Mal jährte, lebhaft rüberzubringen, obwohl er bei dieser noch nicht dabei war. Dazwischen, resp. nachts haben wir uns noch aus einer respektablen Auswahl an Filmen die kanadische Komödie «The Trotsky» (in Québec, Nouveau-Brunswick und anderen frankophonen Gebieten auch unter dem Namen «Le Trotski» bekannt) reingezogen, welche von einem Schüler handelt, der sich für die Reinkarnation Trotzki's hält, weil er auch auf den Namen Leon Bronstein getauft worden ist. Es handelt sich um einen sehr kurzweiligen, amüsanten Film voller Anspielungen. Die Enttäuschung war gross, dass das Wochenende, 3 volle Tage, die sich über 4 erstrecken, wieder so schnell vorbei war, doch wir freuen uns, obwohl es viel zu lange dauert, schon auf die nächste Form'action; und dazwischen findet ja noch unser Roter Oktober statt, wenn auch erst im November (Fr 21. bis So 23.11. Anmeldungen bitte an [bern@kommunistischejugend.ch](mailto:bern@kommunistischejugend.ch)).

*Röschu*

## **IMPRESSUM**

[roteseiten@kommunistischejugend.ch](mailto:roteseiten@kommunistischejugend.ch)

Kommunistische Jugend Bern

Postfach 6966, 3001 Bern

[www.kommunistischejugend.ch](http://www.kommunistischejugend.ch)

Lektorat: Korrekturkollektiv der KJ Bern

Übersetzung: Cyrille – Layout: Roger

Software: 100 Prozent frei & Open Source

Druck: Lokal der PdA Bern

Abos: [bern@kommunistischejugend.ch](mailto:bern@kommunistischejugend.ch)

# MEHR ALS EINE BIBLIOTHEK: EINE ANREGUNG ZUM WIDERSTAND

*Marxismus in der Schweiz? Ja und zwar in Fülle. Das soll die neue Online-Bibliothek des «Schweizer Kampfes für den Sozialismus» aufzeigen. Texte von über 40 KämpferInnen und DenkerInnen werden in den nächsten Jahren digitalisiert.*

Wer sich heute marxistische Literatur verschaffen will, hat eine Fülle an Möglichkeiten dies zu tun. Die teuerste Variante ist die Bestellung von neuen Auflagen in Buchhandlungen. Wer geduldig genug ist, kann auf deren Homepages die Bücher nach Preisen auflisten. Meistens kommen dann die modernen Bücher «E-Books» als Erstplatzierte. Eine andere Möglichkeit sind Online-Versandhändler, die Bücher vergünstigt verkaufen. Die – meistens – kostengünstigsten Varianten sind immer noch Brockenstuben. Darunter sind in der Schweiz vor allem die «Bücherbroky» zu erwähnen, die es in Bern, Basel, Aarau, Luzern und Zürich gibt. Die Preise für «Sachbücher» – marxistische Bücher sind meistens in dieser Kategorie zu finden – übersteigen pro Buch nicht drei Franken.

Am Zugänglichsten sind jedoch bei weitem Online-Archive. Das bekannteste unter ihnen ist marxists.org. Dort findet man marxistische Klassiker in 53 Sprachen und verschiedene Themengebiete wie Philosophie, Geschichte, Kunst und Literatur usw. Wenn man die vielen TheoretikerInnen und PraktikerInnen der kommunistischen Arbeiterbewegung durchgeht fällt einem schnell etwas auf: In all diesen Online-Archiven gibt es sehr wenig über die

schweizerische Arbeiterbewegung. Weder eine Geschichtliche Darstellung noch etwas von oder über TheoretikerInnen und KämpferInnen des schweizerischen Sozialismus. Hat die Bewegung hierzulande keine nennenswerten Schriften beigesteuert? Hat die schweizerische Bewegung keine hervorragenden KämpferInnen für den Sozialismus hervorgebracht?

Die Administratoren der bald online gehenden «Bibliothek des Schweizer Kampfes für den Sozialismus» haben sich zum Ziel gesetzt, Texte von über 40 Schweizer SozialistInnen und KommunistInnen bekannter zu machen. Die Texte sind thematisch vielfältig. Wer die heutige Schweiz u.a. als Resultat von Klassenkämpfen von gestern sieht, wird sich für verschiedene Texte von Robert Grimm, Landesstreikführer und SP-Nationalrat aber auch von Hans Mühlestein, aktiv in der Novemberrevolution in Deutschland, Etruskologe und PdA-Mitglied, interessieren. Andere, denen das Verhältnis von Marxismus und Religion und der Dialog zwischen beiden ein Anliegen ist, werden in Leonhard Ragaz' Schriften (Denker des religiösen Sozialismus, nicht nur in der Schweiz von Bedeutung) und Konrad Farners Schriften (PdA-Mitglied, Intellektueller, Opfer von Pogromen

während des kalten Krieges) eine neue Inspirationsquelle finden. Viele andere Schriften zu Themengebiete wie Philosophie, Kunst, Naturwissenschaften, Ideologiekritik und Wirtschaft werden nicht fehlen. Die zeitliche Bandbreite der Bibliothek streckt sich von den Anfängen, vom utopischen und Frühsozialismus, zur revolutionären Sozialdemokratie; von der KPS zur PdA über die neueren Versuche der Studentenbewegungen in den 60er und 70er Jahren.

Die Online-Bibliothek soll nicht auf ihre Bibliotheksfunktion beschränkt werden.

Anders gesagt: Wenn die Texte als historisch «interessant», aber wertlos für die heutige politische Praxis angesehen werden, so bleibt die Bibliothek in ihrer Bibliotheksfunktion stecken. Es dient damit in keiner Weise den täglichen Kämpfen. Doch gerade diesen Kämpfen ist dieses Projekt verpflichtet. Es soll zum besseren Verständnis der Zusammenhänge der schweizerischen Realität beitragen; eine Anregung zum Widerstand und zum Aufbau einer Bewegung für eine neue Gesellschaft.

*Cyrille*



Emanzipatorische Bestrebungen in  
Lateinamerika und der Karibik aus einer  
solidarischen Perspektive beleuchtet

**Colectivo América Nueva**

Kleinverlag aus Steffisburg, Kt. Bern

[www.america-nueva.ch](http://www.america-nueva.ch)

**Anzeige**

# NEIN ZU RASSISMUS

# UND ZU RUSSENHASS!

Kürzlich wurde einer Lehrerin russischer Herkunft die Anstellung in einem Schulungsinstitut, beim ISSAL in Lausanne, verweigert. Die Begründung verrät nicht nur eine Ignoranz in geopolitischen Angelegenheiten auf Seiten der Administration der Schule, sondern ist auch vom menschlichen und gewerkschaftlichen Standpunkt aus überaus schwerwiegend: «Die Philosophie unserer Schule verbietet uns die Anstellung einer Person mit Staatsbürgerschaft eines Staates, der illegal einen anderen besetzt», hat tatsächlich der Rektor Martin Freiburghaus erklärt. Der russische Aussenminister hat zurecht geantwortet: «Wir würden gerne erfahren, wie viele der 140 DozentInnen dieser Schule BürgerInnen von Ländern sind, welche Jugoslawien bombardiert haben.»

Wir verurteilen diesen Akt des Rassismus, der sich in den Kontext eines neuen «Kalten Krieges» einfügt, den man sich erhofft, seit die Europäische Union und die USA die ukrainische Regierung gewaltsam gestürzt haben, nachdem diese beschlossen hatte, die Verhandlungen mit Brüssel und mit den westlichen Multinationalen zu blockieren. Durch einen Staatsstreich unter Hegemonie faschistischer Parteien, die sich vom Nazi-Kollaborateur Stepan Bandera inspirieren lassen, dessen Porträt heute in Kiew prangt, hat sich eine Putschistenjunta aufgeworfen, welche – neben ih-

rem Willen, die örtlich starke Kommunistische Partei zu verbieten – rassistische Massnahmen gegen die russischstämmigen Bürger ergreift, die blutig unterdrückt werden (zum Beispiel im Scheiterhaufen des Hauses der Gewerkschaften von Odessa). Doch anstatt als Opfer gelten die Russen als Henker.

Wir sind tief besorgt über das Klima des offensichtlichen Russinnenhasses, der in unserem Land existiert und unterstreichen die Notwendigkeit einer friedlichen Auseinandersetzung, in der die Rolle der neutralen Schweiz sich nicht auf die Unterwürfigkeit gegenüber den atlantischen Partnern reduzieren darf, welche den Konflikt in Osteuropa verschärfen wollen: Bern muss sich vielmehr für unterschiedliche Formen der Zusammenarbeit zum gegenseitigen Vorteil mit den aufstrebenden Ländern der BRICS öffnen und gleichzeitig eine Strafuntersuchung gegen Martin Freiburghaus wegen Rassismus einleiten; und dasselbe sollten die Gewerkschaften tun, damit nicht ein gefährliches Präjudiz für die Anstellung der Arbeitnehmer auf der Grundlage ihres Passes geschaffen wird.

(Original: No al razzismo e alla russofobia!)

*Kommunistische Partei  
der italienischen Schweiz*

# SOLIDARITÄT MIT ANTIFA- SCHISTISCHEM KAMPF IN DER UKRAINE!

*Am 13. Mai 2014 gedachte die Kommunistische Jugend Bern mit einer Mahnwache vor der Ukrainischen Botschaft in Bern dem Blutbad vom 2. Mai in Odessa.*

Während eines friedlichen Protestcamps gegen die neuen Machthaber in der Ukraine wurden hunderte von Menschen von faschistischen Horden angegriffen und brutal zusammengeschlagen. Viele versuchten im Gewerkschaftshaus von Odessa Unterschlupf zu finden. Die FaschistInnen zündeten das Gewerkschaftshaus an. Mindestens 40 Menschen kamen ums Leben. Darunter war Vadim Papura, 17 Jahre alt, Mitglied der Kommunistischen Jugend der Ukraine. Seine Mutter, Fatima Papura, musste miterleben wie er gestorben ist. Sie beschreibt es folgendermassen: «Mein Sohn ist in dieser schrecklichen Nacht gestorben. Er war noch nicht einmal 18 Jahre alt. Er demonstrierte für seine Ideale und seine Prinzipien. Und jetzt ist alles vorbei. Als sie das Feuer im Gewerkschaftshaus legten, war er da. Er versuchte, den Flammen zu entkommen, indem er durchs Fenster sprang. Mein Kind lag da am Boden, sein Kopf war blutgetränkt.»

So musste auch Andrej Brazewski, Aktivist von «Borotba», sterben. Nachdem er vom Gewerkschaftshaus gesprungen war, traten FaschistInnen auf ihn ein bis er seinen Ver-



Andrej Braschewski  
† 2. Mai 2014



Vadim Papura  
† 2. Mai 2014

letzungen erlag.

Es ist kein Geheimnis, dass die Kiewer MachthaberInnen mit diesen Angriffen auf AntifaschistInnen und RegierungsgegnerInnen die ganze widerständige Bevölkerung von Odessa und überhaupt den Regionen im Osten der Ukraine Angst einjagen will.

Die Repression gegenüber Andersdenkenden wächst von Tag zu Tag. Die Kommunistische Partei der Ukraine wurde vor kurzem aus einer Parlamentssession rausgeworfen. Der Putschisten-Präsident, Oleksandr Turchynov (Partei: «Vaterland»), ging sogar weiter und forderte vom Justizministerium das Verbot der KPU.

Die Kommunistische Jugend erklärt sich solidarisch mit der KP und KJU der Ukraine. Angesichts der bedrohlichen Lage in der Ukraine ruft die Kommunistische Jugend Bern alle fortschrittlichen, antifaschistischen Kräfte in unserem Land auf, aktiv zu werden.

**Hände weg von der Ukraine!**  
**Solidarität mit KPU und KJU!**  
**Solidarität mit allen AntifaschistInnen!**

## ANLÄSSE

Sa 28. Juni 14:00 Uhr

### **Power to the People!**

Demo zum diesjährigen Flüchtlingstag:  
Keine Unterdrückung aufgrund von Herkunft! Bleibefreiheit für alle! Gemeinsamer Widerstand statt Spaltung! [www.antira.org](http://www.antira.org)  
*Schützenmatte, Bern*

Do 26. Juni bis Sa 26. Juli 2014

### **Longo maï: Die Utopie der Widerspenstigen**

Ausstellung 40 Jahre Longo maï  
*Kornhausforum Bern*

Vor vier Jahrzehnten träumten junge Leute aus Basel und Wien von einem Leben nach eigenen Vorstellungen mit demokratischer Planung, Selbstverwaltung und Selbstversorgung. Sie gründeten 1973 die Kooperative Longo maï.

Keine Trennung von Leben, Arbeiten und öffentlichem Engagement. Dies war eine der Forderungen der 68er-Bewegung. Eine Utopie? Longo maï zeigt bis heute, dass eine solche Lebensgestaltung möglich ist. 200 Erwachsene und Kinder leben gemeinsam in zehn Kooperativen in fünf europäischen Ländern, betreiben Landwirtschaft und Handwerk und engagieren sich politisch.

Die Ausstellung zeigt das heutige Leben auf den Kooperativen. Mit vielen Bildern lädt sie die Besucher ein, in die Fülle der landwirtschaftlichen und handwerklichen Arbeiten einzutauchen. Die Ausstellung bietet auch Antworten auf viele Fragen, etwa wie sich der gemeinsame Alltag ohne Lohn und ohne Chef organisiert. Und

schliesslich zeichnet sie mit vielen Originalobjekten das politische Engagement von Longo maï bis heute nach.

Events dazu: [www.prolongomai.ch/](http://www.prolongomai.ch/)

Sa 5. Juli ab 18:30 Uhr

### **Soligrillieren der PdA Bern**

Verschiedene Spezialitäten vom Grill, Beilagen und Getränke.

Richtpreis 60.– Fr. und Solipreis 100.– Fr.

Bitte bei der Anmeldung unbedingt angeben, ob VegetarierIn!

Per Mail: [mail@pdabern.ch](mailto:mail@pdabern.ch), oder per Post:

PdA Bern, Postfach 7501, 3001 Bern.

*Brache, Centralweg, Bern*

Von Fr 29. bis Sa 30. August 2014

### **70 Jahre PdAS**

Das Geburtstagsfest der Partei der Arbeit der Schweiz. Infos: [mail@pdabern.ch](mailto:mail@pdabern.ch)

*Le Locle*

### **Freitag**

19:00 Grussworte

19:30 Konzert Jam Bonalos (Partysound)

21:30 Konzert Rakachan (Son cubano)

23:30 Konzert Petites Chanteurs à la Gueule de Bois (franz. Chanson, Punk-Musette)

### **Samstag**

14:00 Diskussionrunde «Das Modell des schweizerischen Wohlstands»

17:00 Diskussionsrunde «Europa in der Krise – Welche Zukunft für den Kontinent?»

19:30 Konzert Darlly Maia Trio (brasilianische Volksmusik)

21:30 Konzert Aureliano Marin (Tango)

23:00 Konzert I Skarbonari (Partysound, Ska, Chanson)

### **Den ganzen Tag:**

Stände, Animationen, Musik und Essen!